

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Traktatdruck
Tageblatt Riesner
Hermann Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptkollektivs Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton.
Dresden 1390.
Verleger:
Riesner Nr. 52.

Nr. 79.

Montag, 3. April 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewerbe für das Zeichnen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verläßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Kündigungsfrist: 14 Tage. Rückzahlung des Betrages, wenn der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Grotzschke 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesner.

Wahrscheinlich keine Wiederaufnahme des Boykotts.

Entfernung der Boykottplakate. — Anordnung des Boykott-Zentralkomitees.

Der Leiter des Zentralkomitees über den bisherigen Erfolg.

Berlin. Gegenüber einem Vertreter der Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz erklärte, wie die Blätter aus München melden, der Leiter des Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Grenzel- und Boykottplakate, Julius Streicher, als das erfolgreichste Kennzeichen der Aktion könne festgestellt werden, daß sie vom ganzen Volke getragen war.

Auf die Frage, ob er glaube, daß eine Wiederaufnahme der Aktion am nächsten Mittwoch notwendig sein werde, erklärte Julius Streicher nach den Meldungen, die aus dem Auslande bisher eingegangen seien, sei zu erwarten, daß eine Wiederaufnahme vermieden werden könne. Sollte aber das internationale Judentum den Kampf fortgeführt haben wollen, so sei die NSDAP zu diesem Kampfe gerüstet. Aber auch wenn diese Abwehrbewegung heute ihren Abschluß finde, so werde doch ein bestimmtes Ergebnis festzustellen sein: 1. Das internationale Judentum sehe, daß das neue Deutschland nicht mit sich schändeln lassen werde. 2. Daß nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt durch den von den Juden selbst aufgezogenen Abwehrkampf auf die Judenfrage hingewiesen worden sei, die nicht nur eine Frage des deutschen Volkes, sondern eine Frage der Menschheit sei.

Die Anordnungen für eine etwaige Wiederaufnahme des Boykotts

- München. Das Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Grenzel- und Boykottplakate teilt mit:
1. Durch Anordnung der Reichsparteileitung und des Zentralkomitees wurde der Boykott gegen jüdische Geschäfte, Kette, Rechtsanwältin usw. bis Mittwoch, 5. April, vormittags 10 Uhr, ausgesetzt. Damit ist der frühere Zustand wiederhergestellt. Plakate, Kallebezetel usw., die mit dem Boykott zusammenhängen, sind zu entfernen.
 2. Der Boykott ist erst dann wieder anzunehmen, wenn vom Zentralkomitee die Weisung hierzu an die örtlichen Aktionskomitees ergeht.
 3. Dessen ungeachtet haben die Aktionskomitees die Vorbereitungen so zu treffen, daß auf Weisung der Boykott zur festgesetzten Zeit wieder aufgenommen und planmäßig durchgeführt werden kann.
 4. Um eine Einheitlichkeit der Abwehraktion herbeizuführen, wird für den Fall der Wiederaufnahme des Boykotts bestimmt, daß an jüdischen Geschäften Plakate anzubringen sind, mit der Aufschrift: „Jude!“ und an deutschen Geschäften mit der Aufschrift: „Deutsches Geschäft!“

(act.) Streicher.

Abgeordneter Schulze-Wachungen über die Boykott-Aktion.

Berlin. Als „Stimme zum Tag“ sprach Sonnabend abend in der Berliner Funkstunde der nationalsozialistische Abgeordnete Schulze-Wachungen über die Boykott-Aktion. Er führte u. a. folgendes an: Die Kampf- und Siegesbewegungen der nationalsozialistischen Bewegung seien dem Willen der Mehrheit des Volkes entsprechend auf den marxistischen Volkswerten aufgezogen worden. Mit der Erklärung der ersten feindlichen Linien sei der Kampf aber noch nicht beendet. Die Gegner hätten sich nur geduldet oder sie seien ins Ausland geflohen, um von außen her den Kampf gegen das deutsche Volk zu führen. Anfangs habe die Regierung den Grenzplakaten keinen allzu großen Wert beigelegt, da sie glaubte, daß der Tag von Potsdam der Welt am besten bewiesen hätte, daß das deutsche Volk nur Arbeit will, nur Aufbau, Frieden, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit. Bald jedoch habe die nationalsozialistische Bewegung erkannt, daß es ein wohlverdienter und wohlorganisierter Feldzug sei. In London, in Paris und New York hätte das jüdische Unternehmertum genau so gegen Deutschland gehandelt, wie es während des Weltkrieges der Fall gewesen sei. Immer härter, immer schärfer sei die Agitation geworden, und mit ihrem Wachsen habe sich immer mehr die Notwendigkeit erwiesen, Gegenmaßnahmen zu treffen. So habe die nationalsozialistische Bewegung den Abwehrkampf organisiert. Überall seien Aktionskomitees gebildet worden. Durch eine intensive Propaganda habe man für den Boykott gewonnen, und dann habe am Vorabend der Reichspropagandaminister noch einmal die großen Richtlinien des Kampfes aufgesetzt. In vorbildlicher Disziplin sei dann der Boykott durchgeführt worden. In wunderbarer Geschlossenheit sei das ganze deutsche Volk seiner Regierung gefolgt. Streng sei die Mahnung befolgt worden, die überall auf Plakaten und Zetteln stand: „Deutscher wehr Dich! Kauf nicht beim

Juden!“ Durch die Boykottaktion sei so manchem deutschen Volksgenossen klar geworden, wie groß die Macht des internationalen Judentums im deutschen Wirtschaftsleben sei. Die Boykottaktion habe auch das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen dem deutschen Arbeitgeber und dem deutschen Arbeitnehmer wieder gestärkt.

Beste wolle man dem Judentum drei Tage Bedenkzeit geben. Es trage damit sein Schicksal in seiner Hand. Es habe sich 14 Jahre lang immer wieder zum internationalen Marxismus begeben. Dafür solle es jetzt die Folgen spüren. Wenn das Judentum in diesen Tagen nicht sofort aufhöre mit der Grenzel- und Boykottaktion, dann werde man es an seinem Herzen, nämlich an seinem Geldbeutel, packen, und es solange aus der deutschen Wirtschaft auszuscheiden, bis der deutsche Bauer und der deutsche Arbeiter, der deutsche Gewerbetreibende und der deutsche Handwerker wieder frei sei, damit endlich das Wort Wirklichkeit werde: „Deutschland den Deutschen!“

Die französische Presse ruhiger.

Die jüdische Hege in Frankreich nimmt weiter zu. Paris. Der Boykott vom Sonnabend, der in Deutschland als Abwehr gegen die jüdische Grenzelpropaganda im Ausland durchgeführt worden ist, findet auch in der Pariser Sonntagspresse ein lebhaftes Echo. Die Blätter geben ausnahmslos zu, daß die Bewegung vollkommen ruhig verlaufen sei. Selbst das Echo de Paris, das man seiner besonderen Deutschfreundlichkeit bezichtigen kann, erklärt, daß überall vollkommene Ruhe geherrscht habe. Ausländer, die in jüdischen Geschäften hätten kaufen wollen, habe man in höflicher Form abgelehnt, davon Abstand zu nehmen. Der Petit Parisien stellt fest, die Atmosphäre sei am Sonnabend zwar etwas gespannt gewesen, es sei aber nirgends zu nennenswerten Zwischenfällen gekommen. Der Matin veröffentlicht eine Reihe von Zuschriften von deutschen Banken und Industrieunternehmen, die Protest gegen die falschen Meldungen erheben und das Blatt auffordern, an der Verbreitung der Wahrheit mitzuarbeiten. Der Matin schreibt dazu, diejenigen, die die Unterdrückungsbewegung ins Werk gesetzt hätten, zitterten schon bei den ersten Anzeichen einer Ablehnung dieser Maßnahmen durch das Ausland, weil sie fürchteten, daß sich dieser Protest in materiellen Verlusten auswirken könne. Obgleich im allgemeinen in der französischen Presse ein harter Rückgang der Propaganda festzustellen ist, nicht die jüdische Hege immer weitere Kreise. Daß hierbei ausschließlich jüdische Geldmacht der leitende Beweggrund ist, geht unter anderem daraus hervor, daß sich nunmehr auch die französische Filmindustrie, die vornehmlich in jüdischen Händen liegt, dieser Bewegung angeschlossen hat. Mit dem durchdringenden Ziel, ihren Erzeugnissen größere Absatzgebiete zu schaffen, fordert die „Cinéma athographe Française“, das Organ der französischen Filmindustrie, zum Boykott aller deutschen Filme, insbesondere der UFA-Filme auf.

Polen und der Abwehrboykott.

Warschau. Die Abwehrbewegung des nationalen Deutschlands gegen die jüdische Grenzel- und Boykottpropaganda hat in der jüdischen Polens einen tiefen Eindruck gemacht. Die jüdische Presse schlägt einen wesentlich volleren Ton an. Inzwischen scheint man jedoch auf polnischer Seite entschlossen zu sein, Del ins Feuer zu gießen. So erklärte der Handelsminister auf der Jahrestagung der polnischen Handelsvertreter, daß der polnische Warenaus- tausch keine Richtung ändern wolle. Polen müsse seine Handelsbeziehungen mit solchen Nationen treiben, die für die Solidarität der Welt und nicht für den Haß eintreten.

Englische Meinungen zum Abwehrboykott.

London. Die Sonntagspresse hebt hervor, daß der gezielte Abwehrboykott in Deutschland, von dem Zwischenfall in Kiel abgesehen, überall ohne Gewalttaten und Unruhen vor sich gegangen ist. Die Blätter erwarten, daß der Boykott nicht wieder aufgenommen werden wird, wenn die Grenzplakate entfernt werden. Vollkommene Ordnung und Disziplin haben den Boykott gekennzeichnet, meldet der Berliner Korrespondent des „Observer“. Der Präsident des Verbandes orthodoxer hebräischer Kongregationen Dr. Ooma erklärte in einer Unterredung, die Juden führten keinen Krieg gegen Deutschland oder gegen das deutsche Volk. Jeder Versuch, eine antagonistische Stimmung gegenüber dem neuen deutschen Regime zu schaffen, werde von ihnen verurteilt. Wir erkennen an, so schloß er, wie viel die deutsche Kultur zum Weltfortschritt beigetragen hat, aber wir können auch nicht vergessen, daß das deutsche Judentum seine angemessene Rolle in dieser Richtung gespielt hat. Wir sind bereit, die Verhinderung der deutschen Regierung gelten zu lassen, daß physische Gewaltanwendung gegen die Juden eingestrichelt worden ist.

Sachsens neuer Landtag

Absolute Mehrheit der Nationalsozialisten

Nach den Bestimmungen des vom Reichskabinett veränderten Gleichstellungsgesetzes, durch das die neue Zusammenfassung der Länderparlamente geregelt wird, zählt der Sächsische Landtag von nun an nur noch 70 Abgeordnete. Die Abgeordnetenzahl ist also um 26 vermindert worden.

Die Mandate verteilen sich wie folgt:

Nationalsozialisten	38 Sitze
Deutschnationale	6 Sitze
Deutsche Volkspartei	1 Sitz
Christl.-Soz. Volksdienst	1 Sitz
Staatspartei	1 Sitz
Zentrum	1 Sitz
Sozialdemokraten	22 Sitze

Die Nationalsozialisten verfügen also über die absolute, und die hinter der Regierung stehenden Parteien über die verfassungsändernde Mehrheit.

15 Zentner deutsche Zeitungen

und Zeitschriften verbrannt.

Unerhörte Beleidigung des Reichskanzlers.

Kattowitz. Studenten aus Krakau und Schüler der polnischen höheren Lehranstalten in Kattowitz zogen gestern früh durch die Straßen der Stadt und blüenderten die Zeitungshäuser. Sie raubten sämtliche deutschen Zeitungen und Zeitschriften, luden sie auf ein Auto und luden damit nach den Wägen, der sich im Zentrum der Stadt befindet. Hier verbrannten sie die deutschen Zeitungen und zogen gleichzeitig an einem Mast eine Fahne mit einem Hakenkreuz auf. Die Feuerwehr löschte den Brand und holte die Wanne herunter, wobei eine elektrische Lampe in Scherben ging. Insgesamt sollen etwa fünfzehn Zentner deutsche Zeitungen und Zeitschriften verbrannt worden sein. Die Polizei gestreute die Menge. Das deutsche Konsulat in Kattowitz wurde durch berittene Polizei besonders geschützt.

Deutscher Protestschritt.

Berlin. (Ankündigung.) Der deutsche Generalkonsul in Kattowitz, Graf Adeltmann, hat wegen der antideutschen Ausschreitungen in Kattowitz, bei denen die deutsche Zeitung und eine Fahne, die deutsche Hakenkreuzen trug, verbrannt wurden, einen Protestschritt beim Sowjoden unternehmen. Da der Generalkonsul den Sowjoden gestern nicht angetroffen hat, hat er seinen Protestbesuch heute vormittag beim Rizowjoden wiederholt.

Hindenburg und Hitler Ehrenbürger der Reichshauptstadt.

Berlin. Die am 12. März neu gewählte Berliner Stadtverordneten-Versammlung hielt am Sonnabend ihre erste Sitzung ab. Die Stadtverordneten stimmten unter großem Jubel der Bevölkerung des Berliner Ehrenbürgerrechts an den Reichspräsidenten von Hindenburg und an den Reichskanzler Adolf Hitler zu. Oberbürgermeister Schum wird die Ehrenbürgerbriefe dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler persönlich überbringen. Die Stadtverordnetenversammlung richtete Glückwunsch-Telegramme an die neuen Berliner Ehrenbürger.

Staatskommissar Dr. Steiniger, der die erste Sitzung eröffnete, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß Berlin besonderen Anlaß habe, des Geburtstages Bismarcks zu gedenken, der gerade am ersten Sitzungstage des neuen Berliner Stadtparlamentes benannt werde. Was selbst Bismarck nicht gelungen sei, die Befreiung des völkerverdammten Parlamentarismus, sei nun durch den freien Entschluß des Volkes und des Parlaments erreicht worden. Zum Vorher der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde der nationalsozialistische Stadtverordnete Spiemol gewählt.